Lautstark! antifa-zeitung # 11

Antifa Bern
Postfach 5053
3001 Bern
info@antifa.ch
www.antifa.ch

Der Blick zurück
Die rechtsextreme Szene wagte im vergangenen Jahr vermehrt den Gang auf die Strasse.
Seite 3

Interview
«Die These, dass soziale Misslagen zu Rechtsextremismus führen, ist falsch und längst widerlegt», sagt der Experte Peter Conrady.
Seite 4

«Und der goldene Phallus geht an...»
Mit einer Theateraktion protestiert «Dafne – das feministische Netz» gegen sexitische Werbeplakate.
Seite 6

Das Gruselkabinett

Eine antifaschistische Vorschau auf die Grossratswahlen vom 9. April 2006

Auch im Kanton Bern ist die Luft für rechtsextreme Parteien mit dem Rechtsdrall der SVP dünner geworden. Dennoch buhlen bei den Grossratswahlen vom 9. April 2006 gleich drei fremdenfeindliche Kleinst-Parteien um Wählerstimmen. Die Antifa Bern nahm die Kandidierenden der Freiheits-Partei, der Schweizer Demokraten und der PNOS unter die Lupe. Willkommen im Gruselkabinett!



Im Schatten der übermächtigen SVP auf Stimmenfang: PNOS und Schweizer Demokraten.

In anderen Kantonen hat die gefrässige Schweizerische Volkspartei (SVP) dank reisserischer Kampagnenpolitik und Millionen schwerem Werbebudget den rechtsextremen Parteien längst das politische Terrain abgegrast – und sie in die politische Bedeutungslosigkeit geschickt. Nicht wenige Rechtsaussen-Exponenten sind ins Lager der SVP übergelaufen. Sie fügten sich nahtlos in die Reihen der Scharfmachertruppe um Christoph Blocher ein.

Nicht so im Kanton Bern: Als «Staatspartei» hat die SVP bislang behäbig gutbürgerliche Machtpolitik betrieben. Doch auch in der Berner Sektion ist die Empfänglichkeit für markige Parolen deutlich gestiegen – nicht nur in der Jungen SVP finden sich erklärte AnhängerInnen des Blocher-Kurses, welche die Partei weiter nach rechts rücken wollen. Noch bleibt aber am äussersten rechten Rand ein schmales unbeackertes Agitationsfeld. Und da wetteifern gleich drei Kleinst-Parteien um die Gunst der Wählenden am 9. April: die kriselnde Freiheits-Partei (FPS) – nach zig Parteiaustritten von Leaderfiguren und blamablen Wahlresultaten ein Auslaufmodell –, die Schweizer Demokraten (SD) um den politisch vereinsamten Nationalrat Bernhard «Benno» Hess – der letzte SD-Mohikaner im eidgenössischen Parlament unternahm 2005 vergebliche Avancen für einen Beitritt zur SVP – und, als Grünschnäbel auf dem politischen Parkett, die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS).

PNOS: Wölfe im Schafspelz

Die PNOS, im Jahr 2000 von Exponenten des rechtsextremen internationalen Netzwerkes «Blood & Honour» («Blut & Ehre») ins Leben gerufen, möchte im Wahlkreis Oberaargau den Coup vom 24. Oktober 2004 wiederholen. Damals ist ihr Kandidat Tobias Hirschi – bis zu diesem Zeitpunkt ein völlig unbeschriebenes Blatt – überraschend ins Langenthaler Stadtparlament gewählt worden.

Das Sammelbecken für Naziskins und rechtsextreme Jugendliche, das sich selbst als «eidgenössisch-sozialistische Alternative» empfiehlt, sein menschenverachtendes 20-Punkte-Programm aber fast wortwörtlich bei der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) Adolf Hitlers abgekupfert hat, schickt ein Zweierticket ins Rennen. Portiert werden von der «Ortsgruppe Langenthal» – auch dies Fröntler-Jargon – Tobias Hirschi und Dominic Lüthard.

Tobias Hirschi: Konsequent erfolglos

Ein gutes Jahr sitzt Tobias Hirschi, der sich mit rassistischen Äusserungen bereits mehrere Anzeigen eingehandelt hat, nun schon im Langenthaler Stadtparlament. Der Leistungsausweis des 22-jährigen Strassenbauers, der unter anderem angetreten ist, um den «Ausländeranteil an öffentlichen Schulen» zu senken, ist mager. Sechs Vorstösse hat Stadtrat Hirschi eingereicht – darunter so bahnbrechende Vorschläge wie ein Politiker-Sponsorenlauf oder die Verlegung einer Ortsbus-Haltestelle. Allesamt wurden sie abgeschmettert.

Wesentlicher wohler als in der Gemeindepolitik, wo er zumeist grotesk unbedarft auftritt, dürfte es ihm im Kreis seiner Neonazi-Kameraden sein. Und da hat er sich 2005 auch nicht zurückgehalten: Am 1. Mai etwa nimmt Hirschi an einem rechtsextremen Aufmarsch in Solothurn teil, der in wüste Randale mündet. Im Nachgang lässt er sich – eigentlich ja Law-and-order-Mann – in der «Solothurner Zeitung» mit folgenden Aussagen zitieren: «Am 1. Mai hat die Polizei angefangen. Lässt man uns nicht ziehen, ist Gewalt im äussersten Notfall gerechtfertigt.» Auch als am 1. August mehr als 700 Rechtsextreme auf dem Rütli die Ansprache von Bundespräsident Samuel Schmid mit Zwischenrufen und Pfiffen stören, fehlt Hirschi nicht.

Dominic Lüthard: Schläger und Sänger

Auch der zweite PNOS-Kandidat, Dominic Lüthard, der sich im Wahlkampf als «gutmütiger Roggwiler» inszeniert und die Rolle des unverdächtigen Dorfverein-Aktivisten spielt, ist ein Nazi-Szene-Promi. Den zweifelhaften Ruf hat er sich nicht zuletzt als brutaler Schläger erworben: Als ein Mob von Neonazis im Dezember 2000 am Bahnhof Hasle andersdenkende Jugendliche zum Teil spitalreif prügelt, ist der heute 23-jährige gelernte Kaufmann mit von der Partie. Im September 2002 wirkt er an vorderster Front bei zwei Angriffen auf das Langenthaler Kulturzentrum LaKuZ mit – das Alternativlokal wird weitgehend verwüstet. Die entfesselten Naziskins attakkieren zudem eine türkische Familie. Wegen Raufhandels und Landfriedensbruchs wird Dominic Lüthard

→

Editorial

Die Berner Grossratswahlen stehen an. Na und? Ob und wie die Stimmberechtigten wählen, lag bisher nie im Fokus unserer politischen Arbeit. Diesmal weht jedoch ein anderer Wind: Zum ersten – und hoffentlich letzten – Mal kandidiert bei den kommenden Wahlen die P.NOS fürs Kantonsparlament. Eine antidemokratische Partei will sich demokratisch legitimieren lassen. Leider mehr als nur ein schlechter Scherz. Und deshalb Grund genug, über die neonazistischen Wurzeln der Partei und die illegalen Aktivitäten der P.NOS-AkteurInnen ausführlich zu informieren – gerade in einer Phase, wo sich die Partei von all diesem braunen Beigeschmack zumindest oberflächlich etwas freimachen möchte. Seit Ende Februar 2006 – auffällig zeitgleich mit dem Anlaufen des Wahlkampfes – versucht die P.NOS nämlich, sich in einem neuen Kleid zu präsentieren. So posaunt sie auf ihrer Homepage in reuiger Manier: «Die P.NOS will die Vergangenheit hinter sich lassen.» Vor allem ihre «deutsch-nationalsozialistische, reaktionäre und konservativ-chauvinistische» Stossrichtung soll korrigiert werden. Wenigstens ein deutliches Bekenntnis, in welche Ecke sich die P.NOS selbst verortet. Die «ideologische Neuausrichtung» der Partei sei jedoch «vor allem bei einer rhetorischen, nicht zwingend ideologischen Abänderung des Parteiprogramms» zu suchen. Mit anderen Worten: Ändern wird sich nichts! Einzig mit der peinliche Tatsache, dass ihr Parteiprogramm teilweise wortwörtlich vom Parteiprogramm der NSDAP aus dem Jahre 1920 abgeschrieben wurde, wollen die P.NOS-Leute nicht immer wieder konfrontiert werden. Und schon allein deshalb tun wird es hiermit nochmals :-).

Das Lautstark! #11 steht ganz im Zeichen des Widerstandes gegen die neonazistischen Stimmenfänger. Neben Informationen zum kandidierenden «Gruselkabinett» interessiert uns auch die Erfahrung mit rechtsextremen Parteien in Deutschland. Mit Peter Conrady aus Sachsen diskutieren wir die Folgen der NPD-Wahlerfolge und mögliche Strategien gegen Neonazis in Parlamenten. Und wie immer gibt's einen ausführlichen Rückblick zu den letztjährigen Machenschaften der Extremen Rechten im Kanton Bern.

In diesem Sinne: Keine Stimme den Nazis!

später in zweiter Instanz zu acht Tagen bedingt und 700 Franken Busse verurteilt.

Vor allem aber ist Dominic Lüthard Sänger der Berner Rechts-Rock-Band «Indiziert». Das Quartett, dem vier gestandene Mitglieder der Neonaziszene angehören und das auch schon für die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) aufgespielt hat, hat sich mit seinem Erstling «Eidgenössischer Widerstand» in Deutschland zünftigen Ärger eingehandelt. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hat die CD wegen rassistischer Elemente, die teils direkt an die Rassenlehre der Nationalsozialisten anknüpfen, verboten. Sie darf in Deutschland weder verkauft noch beworben werden.

Im Dezember 2005 stellte die Polizei bei einer Razzia im Roggwiler Proberaum der Band rassendiskriminierende Tonträger, Schriften und Flugblätter sicher. Das beschlagnahmte Material wurde inzwischen an die Untersuchungsbehörden weitergeleitet. Es besteht der Verdacht, dass diverse Dokumente strafrechtlich relevant sind. Nach der Hausdurchsuchung der Rauswurf: «Indiziert» wird sich nach einem neuen Übungslokal umschauen müssen, der Grundeigentümer hat den Mietvertrag gekündigt. Wenig schmeichelhafte Schlagzeilen für einen Grossratskandidaten, die offensichtlich auch die PNOS auf dem falschen Fuss erwischen: Die Partei, in der Regel geradezu inflationär mitteilungsbedürftig, reagiert seltsam kleinlaut. Ihre wenig überzeugende Antwort: «Was Herr Lüthard in seiner Freizeit tut, ist in Bezug zur PNOS absolut unwichtig.»

Schweizer Demokraten: Listen mit braunen Flecken

Als «Ihre Partei für eine eigenständige Schweiz» rühmen sich die Schweizer Demokraten (SD), welche ihr Glück am 9. April in fünf von acht Wahlkreisen versuchen, teils im Verbund mit der Freiheits-Partei (Wahlkreis Oberland). Die Partei, welche sich 1990 mit der Umbenennung in «Schweizer Demokraten» ein unverfänglicheres Image verpasst hat – bis zu diesem Zeitpunkt hiess sie deutsch und deutlich «Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat (NA)» – hat zuweilen Mühe, ihre guten Drähte zur Neonaziszene zu kaschieren.

Einige Beispiele: 2001 führen die Jungen Schweizer Demokraten (JSD) in Bern einen Informationsabend durch. Mit interessanter Zuhörerschaft: Der Aufforderung «Wir brauchen auch dich im Kampf um unsere Schweiz» (Motto der Veranstaltung) folgen überwiegend Naziskins. Im Jahr 2003 wird publik, dass sich SD-Zentralpräsident und Nationalrat Bernhard Hess 1999 mindestens an zwei Veranstaltungen des völkisch-heidnischen Zirkels «Avalon» um den Neonazi Roger Wüthrich und den Islamisten Ahmed Huber blicken liess. Im 2003 von Antifas eroberten Adressbuch des Holocaust-Leugners Bernhard Schaub taucht auch der Name «Hess» auf. «Ja, ich kenne Schaub, bin sogar Duzis mit ihm geworden», räumt Hess in der Folge gegenüber der Zeitung «Bund» ein. Soviel Szenennähe ist selbst der SVP zu heiss: Als Hess im April 2005 mit einem Übertritt zur SVP liebäugelt, winkt sie ab.

Adrian Wyss: Ging in Neonazi-Treffpunkt ein und aus

Auch drei Kandidaten auf den aktuellen SD-Wahllisten haben es in sich: Der Burgdorfer Adrian Wyss etwa, seines Zeichens immerhin Vizepräsident der Schweizer Demokraten des Kantons Bern, sah sich 2005 mit dem unschönen Vorwurf konfrontiert, einen konspirativen Neonazi-Treffpunkt in Burgdorf frequentiert zu haben. Der inzwischen geschlossene Raum am Einschlagweg 67 diente der extremen Rechten – von den Naziskins über die PNOS bis zu den SD – während Monaten als Organisations- und Vernetzungsplattform. Der 27-jährige Schreiner und Zimmermann Wyss, Kandidat im Wahlkreis Mittelland, gab PNOS-Leuten im als Proberaum deklarierten Lokal unter anderem Unterschriftsbögen für das Referendum der SD gegen die Personenfreizügigkeit ab – heimlicher Neonazi-Support für die «Schweizer Patrioten» (SD-Parteiboss Hess über seine Partei).

Andreas Beyeler: Veranstalter einer Naziskin-Party

Der 36-jährige Vizepräsident der Jungen Schweizer Demokraten, Andreas Beyeler, der im Wahlkreis Seeland kandidiert, hat Mitte Juli 2001 im familieneigenen Restaurant «Fischerei-Park» in Worben eine Naziskin-Geburtstagsparty veranstaltet. Die Polizei kriegte im Vorfeld Wind vom Treffen und kontrollierte die Partygäste: Rund 50 Naziskins, darunter «namhafte Szenengänger» (Kantonspolizei Bern), gaben sich ein Stelldichein: Mitglieder der militanten Berner Neonazi-Organisation «Nationale Offensive» beispielsweise, aber auch Rechtsextreme aus den Kantonen Solothurn, Zürich und Thurgau. Andreas Beyeler, vom anschliessenden Medienwirbel überrumpelt, flüchtete sich in Schutzbehauptungen. So bestritt er, das 20-jährige Geburtstagskind, zu dessen Ehre das Fest veranstaltet worden war, gekannt zu haben. Sein Vater Hans Beyeler hingegen wusste mehr: «Der war ab und zu bei uns zu Gast.» Und: «Ja, als Sympathisant der rechtsextremen Szene könnte man meinen Sohn (Andreas) schon bezeichnen.» Lügen haben kurze Beine.

Markus Ruef: Guter Kunde beim «Aufruhrversand»

Spuren im «World Wide Web» hinterlassen hat hingegen Beyelers Listenkollege Markus Ruef – und zwar als guter Kunde des rechtsextremen Online-Ladens «Aufruhrversand». Ruefs grosses Pech: Hacker knackten kürzlich die Kundendatenbank des im ostdeutschen Gera beheimateten Versandhandels. Ein Blick in die auf der linken Website «Indymedia» publizierten Daten zeigt: Der 19-jährige Maurer aus Rüti bei Büren tat sich als eifriger Besteller von Rechts-Rock-CDs und den Nationalsozialismus verherrlichenden Klamotten hervor. Eine kleine Auswahl aus Ruefs umfangreicher Bestellliste: T-Shirt «Rudolf Hess, Friedensflieger», T-Shirt «Ewig lebt der Toten Ruhm», T-Shirt «Skinheads Schweiz» (Kürzel: «SS»), Polo-Hemd «Faust 14/88» (der Code «14» steht für den Neonazi-Schwur «14 words», der Code «88» für «Heil Hitler» – der «H» ist der achte Buchstabe im Alphabet). Pikant ist auch Markus Ruefs E-Mail-Adresse «landser311@hotmail.com» – eine Anspielung auf die rechtsextreme und rassistische Band «Landser»: Die Gruppe um den Sänger Michael Regener wurde 2005 vom deutschen Bundesgerichtshof als erste Musikband zur kriminellen Vereinigung erklärt.

Patrioten? Hitlerbrüder!

«Eidgenössische Sozialisten» und «Patrioten» nennen sie sich schönfärberisch: Hirschi, Lüthard, Beyeler, Wyss und Ruef. Und sie mimen die «guten Demokraten». Wer genau hinschaut, stellt fest: Verehrer des Nationalsozialismus sind es, die am 9. April den Einzug ins Berner Rathaus schaffen wollen.

Deshalb unser grosser Rat: Keine Stimme den Neonazis!

«Es kommt der Tag der Abrechnung»

Seit gut fünf Jahren sorgt die PNOS für Schlagzeilen - ein Rückblick

Jonas Gysin (1980) und Sacha Kunz (1978) gründeten im September 2000 in der Region Basel die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS). Fast zur selben Zeit versuchte in Bern die Nationale Partei Schweiz (NPS) unter der Führung von David Mulas, die rechtsextreme Szene um sich zu scharen. Die PNOS, mit dem damaligen Fokus auf Basel, hatte den längeren Atem – sie verbreitet noch heute ihr neonazistisches Gedankengut.

Als geistiger Vater und Urheber des Parteiprogramms fungierte der notorische Holocaustleugner Bernhard Schaub. Das 20-Punkte-Programm der PNOS deckt sich in frappantem Mass mit dem 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Parallelen mit Folgen: Mehrere Exponenten der PNOS wurden vor den Richter zitiert.
Die PNOS verbreitet seit 2002 ihre rassistische Politik auch in Form einer 20-seitigen A4-Broschüre namens «Zeitgeist». Im mehr oder minder regelmässig erscheinenden «Zeitgeist» werden die Holocaustleugner und Rassisten nicht müde, gegen ihre politischen Feinde loszuziehen. Die Rechtsextremisten suchen allerdings seit jeher auch den Weg in die Parlamente. So drohte Eric Weber im «Zeitgeist» (Nr.6 /2002): «Wir wollen die Macht! Und wie Le Pen es seinen Gegner immer wieder sagt, so sagen auch wir: Wir vergessen nichts. Es kommt der Tag der Abrechnung. Und dann werden wir uns an alle und alles erinnern!»
In lebhafter Erinnerung ist der PNOS sicher auch ihr «erster Parteitag», welcher im Juni 2002 in Kleinhüningen (BS) stattfand: Die Polizei stürmte die Versammlung, kontrollierte die anwesenden Rechtsextremen, konfiszierte einige illegale Messer und nahm einen zur Verhaftung ausgeschriebenen Rechtsextremen fest. Unter welcher Fahne die PNOS segelt, wurde bereits einige Monate vor ihrem Parteitag publik, als ein Jugendlicher wegen dem Hissen eine Hakenkreuzfahne verhaftet wurde. Dem 16-jährigen Jung-Nazi wurden verschiedene Tätlichkeiten angelastet, bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei zudem zahlreiches neonazistisches Material. Zum Zeitpunkt seiner Taten betreute er das Gästebuch der PNOS-Webseite Sacha Kunz amtierte bis zum 1. April 2003 als Präsident der PNOS – und auch er kam regelmässig mit dem Gesetz in Konflikt. Im Frühjahr 2003 wurde Kunz wegen mehrerer tätlichen Auseinandersetzungen zu einer bedingten Gefängnisstrafe von 16 Monaten verurteilt, was ihn wohl auch dazu bewegt hat, die Parteileitung abzugeben. Für Sacha Kunz sprang Jonas Gysin, das andere Gründungsmitglied, ein.

Plakat aus den 1930er-Jahren

Im Oktober 2003 trat im Kanton Aargau der bis zu diesem Zeitpunkt völlig unbekannte PNOS-Kandidat Ralph Aschwanden (1982) bei den Nationalratswahlen an. Nur gerade 0.31 Prozent der Stimmen konnte Aschwanden für sich verbuchen – nicht einmal ein Achtungserfolg. Für die Wahlkampagne bediente sich die PNOS eines historischen Sujets: Sie kopierte ein Wahlplakat der Nationalen Front, welches diese 1933 für die Stadtzürcher Gemeinderatswahlen verwendet hatte. Die Proteste gegen das geschmacklose Plakat mit dem Titel «Wir säubern» waren so heftig, dass die PNOS das Plakat wieder zurückzog.
Etwas erfolgreicher verlief die Kampfwahl um einen Gemeinderatssitz im Februar 2004 in Oberkulm (AG). Neben einem SVP-Kandidaten buhlte auch Pascal Vogel (1983) für die PNOS um den frei werdenden Gemeinderatssitz. Vogel schaffte 18 Prozent der Stimmen. Im Oktober 2004 konnte die PNOS ihren ersten Erfolg verbuchen: Der Strassenbauer Tobias Hirschi (1984) zog überraschend ins Stadtparlament von Langenthal (BE) ein. An den «Erfolg» von Hirschi konnte Dominic Bannholzer (1986) anknüpfen: Bannholzer wurde im April 2005 mit 21 Prozent in den Gemeinderat von Günsberg SO gewählt.

Vorstand ausgewechselt

Im Juli 2005 wurden Jonas Gysin und weitere Vorstandsmitglieder vom Bezirksgericht Aarau wegen Rassendiskriminierung zu Geldstrafen verurteilt. Sie zogen sich wenig später aus dem PNOS-Bundesvorstand zurück. An ihre Stelle traten Dominic Bannholzer (SO), Denise Friedrich (SO), Michael Haldimann (BE), André Gauch (FR) und Adrian Spring (BE). Gauch wurde im Oktober 2005 wegen Verletzung der Antirassismusstrafnorm zu einer Geldstrafe verurteilt. Mittlerweile ist sein Name kommentarlos von der Webseite der PNOS verschwunden.
Die PNOS will «mit Politik und nicht mit Gewalt auffallen» («Berner Zeitung», 17. Februar 2006) – dies gelingt ihr jedoch nicht immer, wie sich erst kürzlich wieder zeigte: Pascal Lüthard, der Sektionsvorsitzender der PNOS Bern gab Mitte Dezember 2005 seinen Rücktritt bekannt – just einige Tage bevor publik wurde, dass er wegen Tätlichkeiten an der Burgdorfer Solennität (Stadtfest) angeklagt ist. Im April dieses Jahres kandidieren Tobias Hirschi und Dominic Lüthard bei den Berner Grossratswahlen. Auch sie haben einiges auf dem Kerbholz (siehe Artikel auf der Titelseite).

Spagat zwischen Gerichtssaal und Parlament

Die Berner Neonazis 2005

Politisieren, aufmarschieren und randalieren: Ob die gebilligte Grossversammlung auf dem Rütli, mehreren unbewilligten Aufmärschen (Aarau, Solothurn, Brunnen) oder regelmässige Medienpräsenz – öffentliche Auftritte liegen im Trend.

Besonders im Mittelland ist die rechtsextreme Szene gut strukturiert und mit rund 750 aktiven Neonazis auch personell überproportional stark vertreten. Die Polizei geht schweizweit von 1700 Mitgliedern aus. Rund ein Viertel aller rechtsextrem motivierten Vorfälle fallen im 2005 auf das Mittelland (BE, SO, AG). Galt die rechtsextreme Szene seit jeher als eindeutige Männerdomäne, sind vermehrt auch Frauen anzutreffen, sowohl auf der Strasse als auch in Führungspositionen.

Rochade in der Führungsetage

Die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) nahm das Jahr 2005 mit der Gründung der Ortsgruppe Langenthal in Angriff – einen Tag vor Tobias Hirschis Debüt im Stadtrat. Denn das braune Potenzial im Mittelland entging auch der PNOS nicht. Lunte riechend richtete sie ihr Augenmerk vermehrt aufs Mittelland: Sie verlegte ihren Dreh- und Angelpunkt von Basel nach Aarau und stampfte fast zeitgleich zwei neue Sektionen aus dem Boden.
Fazit: Vier von fünf PNOS-Ablegern – den Hauptsitz in Aarau sowie die Sektionen Bern (mit Sitz in Interlaken), Solothurn und Langenthal – liegen neu eng zusammen und zeigen so deutlich den Schwerpunkt ihres Agitationsraumes.
Mitte Jahr wurde auch die Landesleitung komplett ausgewechselt – die bisherige Parteispitze nahm geschlossen den Hut. Die Rochade schien nicht von langer Hand geplant und stand wohl eher im Zeichen der Bemühungen um eine weisse Weste. Denn erst einen Monat vorher sind dieselben vier vom Bezirksgericht Aarau wegen Aufruf zu Rassenhass im PNOS-Parteiprogramm – das dem 25-Punkte-Programm von Hitlers NSDAP so sehr ähnelt – verurteilt worden. Am 21. August 2005 präsentierte die PNOS den neuen fünfköpfigen Bundesvorstand.

Gratwanderung der PNOS

Die PNOS-Mitglieder – mitunter bis in die Führungsriege – kommen nicht wirklich los von den Gerichtssälen. Im Gegenteil, sie spielen regelmässig mit den Grenzen des Gesetzes. So muss sich auch Pascal Lüthard, der bereits mehrfach vorbestrafte und bis zu seinem (wahl)taktischen Rückzug von der Politbühne Ende Jahr – als Stützpunktleiter der PNOS Sektion Bern im Blickpunkt des Medieninteresses stehend, wegen eines Übergriffs an der Solätte in Burgdorf vor Gericht verantworten. Weit beunruhigender als die öffentlichen Strassenprügeleien sind aber ihr latenter Anklang in der Bevölkerung, der sich in ihren Wahlerfolgen niederschlägt – trotz klarem Bekenntnis zu völkischen Rassetheorien à la Hitler. In verbalen Statements geizen sie nicht mit eindeutig rassistischen Äusserungen und wurden so auch im 2005 wieder des Öftern vor den Richter zitiert.
Auch Tobias Hirschi, vor seiner Wahl in den Stadtrat ein unbescholtenes Blatt und Aushängeschild des neuen «Saubermann»-Images mit schwiegersohntauglichem Bürstenschnitt, sorgt seither für einigen Wirbel. Gegen den «Rassepolitiker» laufen mehrere Strafverfahren. Auf Anzeigen wegen Verstoss gegen das Antirassismusgesetz folgte sein missliebiger Auftritt am 1. August auf der Rütliwiese. Bei der anschliessenden unbewilligten Demonstration der rund 700 «heimattreuen Eidgenossen» durch Brunnen, marschierte er vorneweg – gemeinsam mit etlichen Gefolgsleuten der PNOS oder dem Aargauer Jung-SVP-Politiker Pascal Trost, der den Bogen damit überspannte und aus der Partei ausgeschlossen wurde.
Hirschi pflegt aber auch regen Kontakt zur Helvetischen Jugend (HJ), die vor allem im Oberaargau, Luzerner Hinterland und Wiggertal aktiv ist. Die Kameradschaft hat die PNOS, insbesondere Hirschis Wahlkampf, tatkräftig unterstützt und auch zum 1.-Mai-Aufmarsch in Solothurn gerufen. Dass im Februar 2005 bei Hausdurchsuchungen von HJ-Mitgliedern – als Folge des Übergriffs auf eine bewilligte antifaschistische Demonstration in Willisau (Oktober 2004) – ein mittleres Waffenarsenal ans Tageslicht gelangte, hat die PNOS nicht von einer intensiven Zusammenarbeit abgehalten.

Aufgeflogen, umgezogen, weitersuchen

Gleich zweimal wurde im 2005 die Berner Neonaziszene aus dem Umfeld der Nationalen Offensive in ihren konspirativen Treffpunkten aufgespürt und innert Kürze gezwungen, das Feld zu räumen.
Anfang März 2005 wurden die Mieträumlichkeit am Stadtrand von Burgdorf publik, die während mehreren Monaten von Akteuren der extremen Rechten – von organisierten Naziskins über die PNOS bis hin zu Mitgliedern der Schweizer Demokraten – regelmässig frequentiert wurde. Ein Lokal also, in dem sich die regionale, gelegentlich auch nationale extreme Rechte zum regelmässigen Stelldichein traf.

Rechte Allianzen geschmiedet

Wenn sich die ausserparlamentarische Neonaziszene (Nationale Offensive (NO), Helvetische Jugend (HJ), Schweizer Hammerskins (SHS), Nazi-Rocker von Indiziert) und die parlamentarische Rechte (PNOS, Schweizer Demokraten) die Klinke in die Hand drücken, können inhaltliche und personelle Überschneidungen nicht weit her sein. Dies bestätigt wieder mal ihre ideelle Verbundenheit.
Nur kurze Zeit nach dem Rausschmiss in Burgdorf fliegt auch ihr neues Lokal in der ehemaligen Hefefabrik in Hindelbank auf. Auch dort kennt der Vermieter kein Pardon und kündet den Vertrag.
Seither probt Indiziert in einer Halle im Industriegebiet von Roggwil, wo bereits am 16. Juli 2005 ein Treffen der rechtsextremen Kameradschaft Helvetische Jugend (HJ) beobachtet worden ist. Dort tönt es vorerst anders: Mit galanter Unterstützung durch den greisen Besitzer, der die Gastgewerbebewilligung gleich selbst beantragte, sollte der Bandraum – der sich bereits zum überregionalen Neonazi-Treffpunkt gemausert hat – in ein Clublokal verwandelt werden. Doch die Vorfreude währt nicht lange: Als die Polizei nach einer Razzia rechtsextremes Material beschlagnahmte, wurde es dem Besitzer zu doch zu heiss. Er setzt Indiziert erneut auf die Strasse.



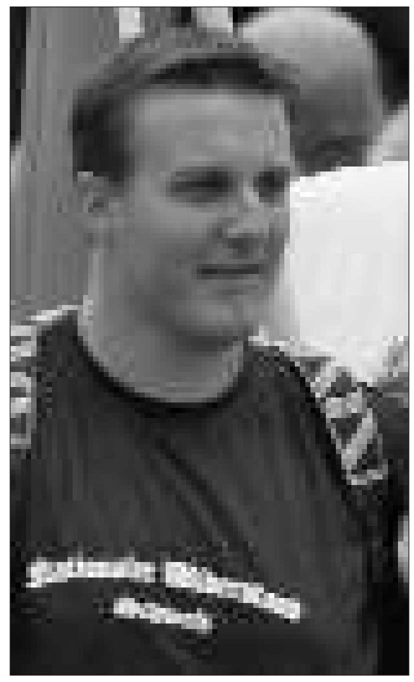
Rechts-Rock-Konzerte als Teil der neonazistischen Lebenswelt.

Konzertparadies Schweiz

Für LiebhaberInnen rechtsextremer Musik ist die Schweiz ein attraktiver Wallfahrtsort. Mindestens zehn Veranstaltungen mit Gastspielen aus dem rechtsextremen Spektrum haben im Jahr 2005 stattgefunden. Im Vergleich zu den Nachbarländern werden die BesucherInnen hier mit Samthandschuhen angefasst. Die Organisatoren profitieren von einer wässrigen Gesetzeslage, unbeholfen re- und agierenden Regierungen, die das unliebsame Thema lieber unter den Tisch kehren, und überforderten Polizeikorps.
So auch im Kanton Bern, wo am 2. Juli 2005 die Schweizer Hammerskins (SHS) in Ammerzwil ihr 15-Jahr-Jubiliäum zelebrierten. Auf dem Gelände einer Schiessanlage am Ortsrand von Lyss hüpften rund 350 Neonazis – die Hälfte davon aus Deutschland – zu den rüden Klängen einschlägig bekannter Bands wie Blitzkrieg (D), Hatemachine (USA) und Civico (I). Bühnenpräsent waren auch die vier Haudegen von Indiziert aus der Region Burgdorf, die mit neun Auftritten im In- und Ausland vergangenes Jahr wohl die reisefreudigste Schweizer Rechts-Rock-Combo stellten.

Propagandainstrument Rechts-Rock

In Aargauer Bezirksschulen wurden Ende September kistenweise so genannter «Schulhof-CDs» verteilt. Das Sortiment beinhaltete den in Deutschland verbotenen Tonträger «Anpassung ist Feigheit» der deutschen Kameradschaftsszene, die amerikanische «Project Schoolyard»-CD von Panzerfaust Records sowie die aktuelle NPD-Wahlkampf-CD. Der Vertrieb dieser Tonträger, bespielt mit melodiösen Rechts-Rock-Balladen, soll Jugendlichen neonazistisches Gedankengut näher bringen – getreu dem Nachwuchskonzept der NPD. Verantwortlich für den Propaganda-Effort waren Mitglieder des «Bund Oberland», die die Silberlinge gleich en masse bestellten. Die rechtsextreme Gruppierung setzt



Pascal Trost in Brunnen.

sich bescheidene Ziele: Sie will «eine Volksbewegung ins Leben rufen, die den Fall des gegenwärtigen Systems zum Ziel hat». Kurz nachdem die Verteilaktion publik geworden ist, reagierte der «Bund Oberland»: Nazi-Symbole und Unterseiten wie den Bereich «Revisionismus» wurden umgehend entfernt. Geblieben sind Links zu Webseiten mit den Holocaust leugnenden Inhalten.

Kein ruhiges Hinterland

Den letztjährigen Höhepunkt rechtsextremer Gewalttätigkeit ereignete sich in Thun, als Thomas Rohrer – ein stadtbekannter Neonazi – in der Nacht vom 8. auf den 9. Juli 2005 auf eine Gruppe heimkehrender AktivistInnen aus dem «Anti-G8-Basiscamp» schoss.
Auch die PNOS fasst Fuss im beschaulichen Berner Oberland. So stellen Michael Haldimann und Adrian Spring seit dem Sommer 2005 die Berner Vertretung im Bundesvorstand der PNOS, und auch das Postfach der Sektion Bern befindet sich neu in Interlaken.

Alles in allem ist das Jahr 2005 geprägt vom Aufstieg einer Partei, die aus dem «Blood & Honour»-Umfeld entstanden ist und aus ihrem rassistischen und antisemitischen Programm keinen Hehl macht; regelmässig überschreiten Exponenten die Grenzen der schwammigen Antirassismus-Strafnorm. Politische Wahlerfolge wie in Langenthal (BE) oder Günsberg (SO) verleihen dabei den rechtsextremen Ideologien einer PNOS eine bisher nicht da gewesene gesellschaftliche Legitimation.

«Menschenfeinden keine Podien geben»

Lautstark! im Gespräch mit Peter Conrady

Im Jahr 2004 gelang der neonazistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) der Einzug in den sächsischen Landtag. Wir wollten von Peter Conrady, einem Kenner der rechtsextremen Szene mit Schwerpunkt Sachsen, wissen, welche Folgen dieser politische Coup der Neonazis hatte. Angesichts der umtriebigen PNOS-Aktivitäten in der Schweiz waren wir zudem an seinen Einschätzungen und Erfahrungen mit möglichen Gegenstrategien interessiert.

LS: Hallo Peter, kurz zu deiner Person: Könntest du uns etwas über deine politischen und publizistischen Schwerpunkte erzählen?

Ich bin Peter Conrady und beschäftige mich seit etwa zehn Jahren mit neonazistischen Aktivitäten, vorwiegend in Sachsen. Mein Schwerpunkt liegt dabei auf der rechten Jugendsubkultur – also Musik, Lifestyle – und ihrem Einfluss auf die Lebenswelt und den Alltag der Jugend beziehungsweise die Wechselwirkungen zur Gesellschaft.
Ich schreibe regelmässig in der antifaschistischen Fachzeitschrift «Der Rechte Rand» und der linken Wochenzeitung «Jungle World». Im März erscheint ein Beitrag von mir im Buch «Stadt.Land.Rechts.-Reportagen von rechtem Alltag und lokaler Gegenwehr in Ost und West».

Zur NPD – worum handelt es sich bei dieser Partei überhaupt?

Die NPD ist die mittlerweile älteste deutsche Nazipartei. Sie ging hervor aus Naziparteien, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch ehemalige NSDAPler und Anhänger des Nationalsozialismus gegründet worden waren. Entsprechend orientiert sich die NPD in ihrem Parteiprogramm stark am Parteiprogramm der NSDAP.
In den 1960er-Jahren war die NPD in einigen westdeutschen Landesparlamenten vertreten. Danach setzte ihr stetiger Niedergang ein. Mit der Vereinigung von DDR und BRD begann ihr neuerlicher Aufstieg, vorrangig in Ostdeutschland, dessen Höhepunkt der Einzug in den sächsischen Landtag 2004 bildete.

Und ihre politischen Ziele?

Inhaltlich orientiert sich die NPD an der Blut-und-Boden-Theorie der NSDAP, also dem Streben nach einer Volksgemeinschaft, zu der nur gebürtige Deutsche zählen. Sie fordert eine Ausweisung von hier lebenden AusländerInnen, genauso tritt sie stark antisemitisch und rassistisch auf. Wie schon gesagt, sie orientiert sich an den Zielen der NSDAP.

Welche politische Rolle spielt die NPD heutzutage in Deutschland und insbesondere in Sachsen?

Die NPD ist zwar nun in einem Landtag vertreten. Bundesweit erhöhte das aber kaum ihre Relevanz. Sie versucht immer wieder, an aktuelle gesellschaftliche Diskurse anzudocken, die gesellschaftliche Mitte erreicht sie jedoch kaum. Deshalb ist sie dennoch nicht zu verharmlosen, wirkt sie doch stark in die Szene ein. Einmal durch ihre logistischen Möglichkeiten, zum anderen als Signal, dass es selbst Nazis in ein Parlament schaffen können. Vor Ort unterstützt sie aktiv die «Freien Kräfte», das heisst, sie unterstützt diejenigen, die für einen rechten und rassistischen Alltag verantwortlich zeigen.

Was ist deiner Meinung nach das grösste Problem, wenn Neonazis in Parlamente gewählt werden?

Mit dem Einzug der NPD in den Landtag ist eine Reihe von anschliessenden Problemen verbunden. Einmal sind sie ja nun «demokratisch» gewählt und legitimiert. Und es ist daher schwierig, sie von parlamentarischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen fern zuhalten. Immerhin hat ein nicht geringer Anteil der WählerInnen für sie votiert.
Hinzu treten finanzielle Vorteile. Für die Arbeit im Landtag, Bürgerbüros und MitarbeiterInnen der Abgeordneten und der Fraktion erhält die NPD monatlich über 100 000 Euro. Damit finanziert sie nicht nur die Angestellten, welche sie – logisch – aus ihrer Klientel rekrutiert. Sie kann auch ihre Struktur erweitern, sowie einen nicht unerheblichen Teil für die Finanzierung der Partei selbst verwenden.
Durch die parlamentarische Arbeit kann die NPD nun Erkenntnisse erhalten, etwa mittels Anfragen oder durch die Teilnahme in verschiedenen Ausschüssen, zu denen sie zuvor keinen oder nur erschwerten Zugang hatte. Beispielsweise über politische Gegner, nichtrechte Projekte etc.

In verschiedenen Interviews nach den Wahlen 2004 habe ich gelesen, dass der eigentlich Grund für die starke Präsenz der NPD die hohe Arbeitslosigkeit in Sachsen sei. Wie siehst du das? Oder anders gefragt, wo siehst du die Gründe, dass gerade in Sachsen die NPD ein so grosses Wählerpotenzial hat? – Wer wählt NPD?

Die These, dass soziale Misslagen zu Rechtsextremismus führen, hält sich beharrlich. Sie ist jedoch falsch und längst widerlegt.
Rechte Straftäter stammen aus allen Teilen der Gesellschaft, ganz häufig stehen sie selbst in Lehre oder Beruf, wogegen demnach ja gerade bei Straftätern Arbeitslosigkeit zu erwarten wäre. Auch die WählerInnen stammen aus allen Teilen der Gesellschaft. Fast jeder vierte Erstwähler votierte 2004 in Sachsen für die NPD.
Der Erfolg der NPD in Sachsen hat viele Gründe. Der gewichtigste ist die kontinuierliche und konsequente Aufbauarbeit seit 1990 in Sachsen, die dazu führte, dass die NPD fast flächendeckend mit Strukturen vertreten und ansprechbar ist.
Im Wahlkampf 2004 setzte die NPD auf die «soziale Karte». Sie stellte sich als politische Alternative dar zu den Regierungsparteien, die im sozialen Sektor immer weiter kürzen, und markierte «die Stimme des kleinen Mannes». Damit gelang es ihr, eine Reihe «ProtestwählerInnen» anzusprechen. Diese «ProtestwählerInnen» hätten jedoch genauso andere Parteien, die sich gegen soziale Kürzungen aussprechen, wählen können.
Im Verbund mit gesellschaftlich verankerten Alltagsrassismen, die die NPD aufgreift und damit scheinbare Lösungsvorschläge offeriert, entschieden sie sich jedoch für die NPD. Eben weil sie den Rassismus der NPD, vielleicht nicht in seiner Schärfe, jedoch in seiner Stossrichtung teilen.

Du hast vorhin angetönt, dass die NPD aktiv die «Freien Kräfte» unterstützt. Könntest du diese Berührungspunkte zwischen den «Freien» und der NPD noch etwas ausführen?

Solche Berührungspunkte gibt es zuhauf. Ende der 1990er-Jahre beschloss die NPD ein so genanntes Drei-Säulen-Konzept unter dem Motto «Kampf um die Köpfe, Kampf um die Strasse, Kampf um die Parlamente». Nach der Landtagswahl 2004 in Sachsen kam eine «vierte Säule», der Kampf um den «organisierten Willen» hinzu.
Dabei meint «Kampf um die Strasse» explizit die Rekrutierung nichtparteigebundener militanter und gewaltbereiter Neonazis aus der Kameradschaftsszene. Dazu wurden auch führende Aktivisten der «Freien Kräfte» wie Torsten Heise in den Bundesvorstand der NPD gewählt. Die NPD hatte zu Recht erkannt, dass hier ein enormes Mobilisierungspotenzial zu rekrutieren ist.
Auf regionaler Ebene sind Kameradschaftsaktivisten Funktionäre in Kreisverbänden der NPD. Eine Zusammenarbeit gibt es vielerorts, durch die gemeinsame Teilnahme an Veranstaltungen und Demonstrationen, das Veranstalten von Neonazikonzerten, die Unterstützung im Wahlkampf etc. Gleichzeitig zählen Teile der «Freien Kräfte» zu den Kritikern der NPD. Sie werfen ihr Angepasstheit oder zu lasches Agieren vor. Das beeinträchtigt aber nur punktuell die Zusammenarbeit.

Zurück auf eine allgemeinere Ebene: Wie hat sich der Rechtsextremismus seit den Landtagswahlen 2004 in Sachsen entwikkelt? Hat sich etwas im Selbstverständnis der extremen Rechten verändert?

Die Situation hat sich nicht dermassen verändert, wie man hätte annehmen können.
Natürlich hat die NPD nun mehr finanzielle und logistische Möglichkeiten, jedoch fehlt ihr dazu oftmals das Personal. Mehrfachfunktionen sind keine Seltenheit.
Stattdessen wuchsen auch die Begehrlichkeiten und interne Widersprüche traten auf. So verliessen kurz vor Weihnachten drei Abgeordnete die Fraktion. Als Grund führten sie u.a. Differenzen mit der Parteiführung an.
Der erfolgreiche Einzug in den Landtag stellt vielmehr auf einer anderen Ebene eine Neuheit dar. Die NPD ist nun für Menschen attraktiv geworden, die nicht zur typischen Klientel zählen. Sie zeigte, dass auch hier Karriere gemacht werden kann.
Im Umgang mit der NPD tauchten nun Schwierigkeiten auf. Wenn beispielsweise auf lokaler Ebene die NPD in der Kritik steht, hört man mittlerweile vielerorts «die ist zwar rechts, aber immerhin im Landtag. Also kann sie so schlimm nicht sein». Es hat der NPD zu Reputation verholfen.

In der Schweiz gibt es seit 2000 die Partei PNOS. Ihr selbsterklärtes politisches Vorbild ist die NPD, mit der sie rege Kontakte pflegt. Im April 2006 tritt die PNOS mit zwei Kandidaten erstmals zu Wahlen für ein kantonales Parlament an. Die Partei steckt noch in den Kinderschuhen – aber Gegenwehr tut Not. Hast du Vorschläge, welche Gegenstrategien in dieser Situation Sinn machen? Wie wehrt ihr euch gegen das Erstarken der NPD?

Nun, gäbe es ein Patentrezept, ich würde es gerne sagen. Es gibt aber keines.
Ich denke, wichtig ist, Aufklärung zu betreiben, nicht in dem Sinne den Nazis «die Maske vom Gesicht reissen zu wollen», sondern darzulegen, wofür wir stehen, welches Gesellschaftsmodell wir warum erkämpfen wollen.
Die Nazis «entlarven» zu wollen, ist kurzsichtig gedacht. Sie sind nicht ohne Grund in der NPD oder der PNOS. Sie haben sich längst entschieden, und jedeR WählerIn kann sich entscheiden. Es macht also wenig Sinn, sich an einzelnen Programmpunkten – wie bei der NPD die Soziale Frage – abzuarbeiten. Nazis können keine nachvollziehbaren Alternativen bieten, solange ihre Lösungsvorschläge immer auf die nationalsozialistische Ideologie mit ihrer Verschwörungsparanoia zurückzuführen sind.
Wichtig ist vielmehr, eben dies in den Vordergrund zu rücken, dass es – mit Michel Friedman gesprochen – Menschenfeinde sind, die sich in das Kleid scheindemokratischer Parteien zwängen.
Wichtig ist auch, sie nicht als Gesprächspartner zu akzeptieren. Gerade im Wahlkampf neigen viele dazu, alle KandidatInnen zu befragen, weil es ja demokratisch wäre. Es ist nicht demokratisch, die Feinde der Demokratie auf gleicher Augenhöhe zu behandeln. Es ist Dummheit. Und die Nazis wissen die ihnen gebotenen Podien zu nutzen.
Als sinnvoll erachte ich, sie also nicht zu Wort kommen zu lassen. Ihre Wahlkämpfe entsprechend zu «begleiten», die, die noch nicht im Licht der Öffentlichkeit stehen und es vielleicht auch gar nicht wollen, dahin zu bringen. Sie dort zum Thema zu machen, wo sie glauben, sich frei bewegen zu können, z.B. in der Nachbarschaft, Schule, usw. Wer will schon gerne neben einem Nazi lernen oder von einem Arzt behandelt werden, der abends gegen AusländerInnen hetzt. Hier gibt es viele Möglichkeiten.

Herzlichen Dank fürs Interview und deine Anregungen in Sachen Gegenstrategien!



Keine Berührungsängste: Die NPD und die «Freien Kräfte».

Europas Rechte bindet sich

Die ENF – ein Projekt mit Anlaufschwierigkeiten

Schon seit längerem treffen sich Rechtsextreme aus verschiedenen europäischen Ländern zu gemeinsamen Konzerten. Nun versuchen sie – unter Führung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) –, eine «Europäische Nationale Front» (ENF) zu errichten.

Startschuss für dieses Projekt war ein Treffen zwischen dem NPD-Chef Udo Voigt und dem Vorsitzenden der Spanischen «Falange», José Fernando Cantalapiedra, in Spanien, am 20. November 2004 anlässlich des 29. Todestags des Diktators Franco. Dabei wurde ein Abkommen für eine Zusammenarbeit unterzeichnet. Die NPD sah sich danach einer Vorreiterrolle und forderte andere «nationale Parteien» auf, sich der «Achse Berlin – Madrid anzuschliessen, damit in baldiger Zukunft eine europäische Rechtspartei entstehen kann».
Gemeinsame Nenner der verschiedenen rechtsextremen Organisationen: Sie lehnen den EU-Beitritt der Türkei und Israels ab und hetzen gegen MigrantInnen. Die Erklärung endet mit dem Aufruf für ein «unabhängiges, würdiges, christliches, nationales und revolutionäres Europa».

Spaniens Rechte

«Falange» wurde in den 1930er-Jahren gegründet und beteiligte sich aktiv auf faschistischer Seite am Spanischen Bürgerkrieg. Unter Franco bildete die Organisation den Kern des «Movimiento Nacional», der Staatspartei des Diktators. Heute ist die Gruppe jedoch relativ klein und zerstritten. So beteiligten sich an der ersten gemeinsamen Demonstration der «Europäischen Nationalen Front» in Madrid am 20. Februar 2005 vor allem Neofaschisten aus dem Umfeld der «Democracia Nacional», eines Bündnisses spanischer rechtsextremer Gruppierungen. Als wichtigster Teil des Bündnisses gelten Mitglieder des unter Franco gegründeten «Circulo Español de Amigos de Europa» («Spanischer Kreis der Freunde Europas»), dessen ehemaliger Führer Pedro Varela Geiss durch Leugnung des Holocaust und den Vertrieb faschistischer Kultobjekte in alle Welt bekannt wurde. Nebst den genannten SpanierInnen und der NPD nahmen an der Demonstration VertreterInnen der italienischen «Forza Nuova») («Neue Kraft»), der rumänischen «Noua Dreapta» («Neue Rechte») und der griechischen Bewegung «Chrissi Avgi» («Goldene Morgenröte») teil – allesamt bilden sie gegenwärtig die «Europäische Nationale Front».

Wiedersehen mit Mussolini

Die italienische «Forza Nuova» wurde 1997 von Roberto Fiore und Massimo Morsello ins Leben gerufen und zählt heute 2500 Mitglieder. Die beiden Gründer halten sich im britischen Exil auf – sie flüchteten über den Ärmelkanal, nachdem sie von den Untersuchungsbehörden verdächtigt worden waren, in den blutigen Anschlag auf den Bahnhof von Bologna verwickelt zu sein. Beim Anschlag starben 85 Personen.
Die Partei verfolgt eine Doppelstrategie: Einerseits will sie die Naziskins für sich gewinnen, andererseits im streng katholisch-konservativen Milieu Fuss fassen. Dies versucht sie, mit Kampagnen gegen Abtreibungen und Homosexuelle zu erreichen. In ihrem Programm fällt neben einem krassen Antisemitismus vor allem die üble Hetze gegen MigrantInnen auf, wobei die Partei vor allem Muslime im Visier hat.
2001 kandidierte der Enkel von Benito Mussolini, Guido Mussolini, für die Bürgermeisterwahl in Rom. Der Enkel über seinen Grossvater: «Mussolinis Ideen waren zu 99 Prozent gut und zu einem Prozent fragwürdig.» Für die Europawahl 2005 schloss sich die «Fuorza Nuova» mit zwei weiteren Parteien zu einem Bündnis zusammen. Dabei konnte das Bündnis Guidos Kusine, die relativ prominente Politikerin Alessandra Mussolini, für seine Liste gewonnen. Alessandra Mussolini war soeben aus der post-faschistischen «Alleanza Nazionale» («Nationale Allianz») ausgetreten, da deren Chef Gianfranco Fini bei einem Besuch in Israel den Faschismus verurteilt hatte. Mussolini eroberte mit 400 000 Stimmen einen Sitz im Europaparlament.

Revival der «Eisernen Garden»

Die rumänische «Noua Dreapta» ist vor allem durch ihren Vertreter Claudiu Mihutiu, welcher in Mannheim studiert hat, in der «Europäischen Nationalen Front» eingebunden. Die Bewegung ist eine Nachfolgeorganisation der «Eisernen Garden», welche in den 1940er-Jahren für ein Jahr an die Macht kamen und sich an die Seite der Achsenmächte stellten, worauf antisemitische Pogrome und Verfolgungen von politischen Gegnern stark zunahmen. Heute benutzt die «Noua Dreapta» das Keltenkreuz und hetzt gegen Minderheiten.

Morde als «Dienst am Vaterland»

Die griechische Organisation «Chrissi Avgi» wurde 1981 gegründet. Die eher klein Gruppierung wird für mehrere Anschläge auf jüdische Einrichtungen und Holocaust-Gedenkstätten in den Jahren 1999 und 2000 verantwortlich gemacht. Im Oktober 1999 schoss das Mitglied Pandelis Kazakos in eine Menge von MigrantInnen, wobei drei Menschen starben. Der Athener Tageszeitung «Ta Nea» sagte er, dass er nichts bereue und die Tat als Dienst an seinem Vaterland betrachte.

Naziskins in Socken

Zwei Festivals im Sommer 2005 sollten die «Europäische Nationale Front» in rechtsextremen Kreisen etablieren weiter etablieren. Der erste Anlass, das so genannte «Fest der Völker», fand am 11. Juni im deutschen Jena statt. Das Festival geriet zum Flop: Statt den erwarteten über tausend BesucherInnen aus ganz Europa kamen nur mal knapp 500 in die Stadt im Osten Deutschlands. Die Nazis mussten an den Stadtrand ausweichen, weil der eigentliche Festivalplatz von Antifas besetzt worden war. Die Polizei hatte zudem das Tragen von Kampfstiefeln untersagt – den Teilnehmenden blieb nichts anderes übrig, als in Badelatschen oder in Socken im Schlamm herum zu waten.
Die Festival-Website wurde in 15 Sprachen geführt. Die Bands und die RednerInnen stammten aus Grossbritannien, Schweden, den Niederlanden, Italien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Griechenland. Dazu gesellte sich die Berner Rechts-Rock-Band «Indiziert». Auch wurde eine Rede von Jonas Gysin verlesen – der damalige PNOS-Präsident hatte kurzfristig absagen müssen. Die Ansprache eines russischen Gastes war den deutschen Nazis aber zuviel an Völkerfreundschaft. Organisiert wurde das Fest von der örtlichen NPD, welche um die Bewilligung ersucht hatte, und Nazis aus dem Umfeld der in Deutschland verbotenen Organisation «Blood & Honour». Das nächste Festival ist trotz kläglicher 2005er-Version für den 17. Juni 2006 angesagt.
Ein weiteres Festival, welches sich gegen den EU-Beitritt der Türkei richten sollte und von «Chrissi Avgi» organisiert wurde, sollte im September 2005 in Griechenland stattfinden – es wurde jedoch von den Behörden verboten.



Pleiten und Pannen: «Fest der Völker» in Jena.

Kulturkampftruppe

Ideologie und Organisationsstrukturen der NAPO

Die Nationale Ausserparlamentarische Opposition (NAPO) will vieles sein: Elite des «Nationalen Widerstandes», Partisanenarmee, Aktionsbündnis und Kulturkampftruppe. Was sie mit Bestimmtheit ist: eine Gruppe nationalistischer und patriotischer RassistInnen mit einem unverblümten Hang zur NS-Ideologie.

Ginge es nach den Wünschen und Träumen der NAPO-AktivistInnen, wäre die Schweiz in naher Zukunft nur noch von «volkstreuen», stolzen und körperlich fitten Nachfahren der Rütli-Schwurbrüder bewohnt. Die Frauen würden weisse, kräftige Kinder gebären, sich im Haushalt nützlich machen und neben der Mutterrolle auch in der Pflege der «Volkskultur» voll und ganz aufgehen. Am liebsten als jodelnde Hausfrauen oder in einer örtlichen Volkstanzgruppen. Das «starke Geschlecht» hingegen wäre hart am Arbeiten, im Idealfall alle als bodenständige Bauern. Als Ausgleich zum Arbeitsleben: keine Drogen – abgesehen vom Alkohol – und körperliche Ertüchtigung im Wehrsport. Für Menschen mit einer anderen politischen Gesinnung, mit anderer Hautfarbe, mit anderem sozialen Status als dem mittelständischen oder mit anderer geografischer und kultureller Herkunft gäbe es in diesem Horrorszenario keinen Platz. Wie und wohin diese Menschen für die Umsetzung des NAPO-(Alp)traums verschwinden müssten, wird nur andeutungsweise mit dem Wort «Rückführung» umschrieben.

Braune Bewegung auf der Strasse

Die NAPO, ein Kind des Holocaustleugners Bernhard Schaub, trat erstmals im Jahre 2003 in Erscheinung. Damals wurden in Solothurn, Egerkingen und Zofingen von der NAPO kleine Aufmärsche organisiert. Wahlweise lautete das Motto «gegen Kinderschändung» oder «gegen den Irak-Krieg». Zentral war nicht der politische Inhalt, sondern die Symbolik: der Versuch, eine rechtsextreme Bewegung auf der Strasse zu formieren. Solche Aktionsformen sind Programm. In Anlehnung an die APO der 1960er-Jahre – eine linke Bewegung mit sozialistisch-revolutionären Ansätzen – will die NAPO eine politische Kraft ausserhalb des parlamentarischen Systems sein. Natürlich mit rechtsextremen Inhalt und dem Ziel, das Parteiensystem und den Parlamentarismus «zugunsten der Volksgemeinschaft und des echten Volksstaates» zu überwinden.

Völkische Partisanenarmee?

Organisiert ist die NAPO nach dem Zellenprinzip. Laut eigenen Angaben gleiche sie einer «legal operierenden Partisanenarmee», die juristisch kaum fassbar sei. Die einzelnen Zelleinheiten unterstehen jeweils einem «Stützpunktleiter». Dieser Leithammel muss sich um die organisatorischen Aufgaben kümmern und die NAPO-Mitglieder motivieren und zusammenhalten. So klar wie die Organisationsstruktur geregelt ist, so eindeutig sind auch die Ziele der NAPO formuliert: «Für ein weisses Europa», «gegen die Abtreibungsorgie», «gegen den Parteienstaat», «für kinderreiche weisse Familien», «für eine Kunst, die wieder Vorbilder statt Abfall schafft», usw. In allen Lebensbereichen weist die NAPO ihren Jüngern den Weg. Auch die Gegner sind schnell und eindeutig lokalisiert: Neben den bösen Linken und Medienschaffenden sind dies in erster Linie die «Kulturfremden», die «als Zivilbesatzer in Europa leben». Solche Menschen glichen «regulären Besatzungsarmeen», die es zu bekämpfen gäbe. Das ideologische Fundament der NAPO beruht auf einem völkischen Denken, gepaart mit einem kläglich versteckten Rassismus, der vor allem auf alles Aussereuropäische abzielt. Wichtige Standpfeiler sind die Vorstellung eines «Volkskörpers», dessen Gesundheit unter der heutigen Dekadenz leide, das Plädieren für die Macht der Stärkeren und die Kategorisierung von «Kulturfremden vs. Kultureigenem» – eine zeitgenössische Form des Rassismus. Insgesamt keine neuen Ideen also: Die Parallelen zur NS-Ideologie und den ideologischen Wurzeln des italienischen Faschismus sind unverkennbar.

Schweizer als Retter des Deutschen Reiches

Das Aktionsfeld der NAPO beschränkt sich in erster Linie auf die Ostschweiz, wo auch die Mehrzahl der Mitglieder beheimatet ist. Neben Bernhard Schaub, der sich aus der NAPO eher zurückgezogen hat, zählt auch Manuel Wettsein zu den Akteuren mit berüchtigtem Bekanntheitsgrad. Der heute Dreissigjährige wurde 1995 aus der SD ausgeschlossen. Grund: Er hatte sich unter seinen KV-MitschülerInnen als Verfechter der «Gaskammerlüge» hervorgetan. Im darauf folgenden Jahr gründete er gemeinsam mit vier Mitstreitern die Partei Nationale Initiative Schweiz (NIS). Erklärtes Ziel der bereits wieder aufgelösten NIS war die Politisierung der rechten Skinheadszene.
Bernhard Schaub widmet sich dieser Tage vermehrt der Rettung des Deutschen Reiches. In einer abstrusen Organisation namens «Reichsbewegung» versucht Schaub, gemeinsam mit Horst Mahler das «Deutsche Reich von der seit 1945 bestehenden Fremdherrschaft zu befreien». Der NAPO wurde die Aufgabe zuteil, die wirren Ziele der «Reichbewegung» in der Schweiz umzusetzen.

... UND DER GOLDENEN PHALLUS GEHT AN ...

«Dafen – das feministische Netz» demonstriert gegen sexistische Werbung

Bei einer Aktion gegen sexistische Werbung geht es nicht darum, prüde zu sein oder das männliche Geschlecht abzuwerten. Vielmehr versucht «Dafne – das feministische Netz», darauf aufmerksam zu machen, wie und auf wessen Kosten grosse Unternehmen sexistische und frauendiskriminierende Werbung im Alltag platzieren, somit Werte verbreiten und Identitäten stiften.

Samstag, 17. Dezember 2005. Der Himmel ist grau, es geht ein eisiger Wind. Letzte Gelegenheit, Weihnachtskäufe zu tätigen, dementsprechend platzt die Berner Innenstadt aus allen Nähten. Mitten im Kaufgewühl trägt eine Gruppe von 30 Menschen ein Seil mit unzähligen Plakaten, auf welchen halbnackte Frauen abgebildet sein. Aus einer Lautsprecheranlage dröhnt Musik mit frauenfeindlichen Texten.
Es handelt sich um eine von «Dafne – das feministische Netz» inszenierte Aktion gegen sexistische Werbung. Dem Umzug durch die Marktgasse wird die Preisverleihung auf dem Kornhausplatz folgen. Verliehen werden ein bronzener, ein silberner und ein goldener Phallus an drei Unternehmen mit den sexistischsten Werbeplakaten. Der Phallus, weihnächtlich dekoriert, dient als Symbol für männliche Dominanz und weibliche sexuelle Verfügbarkeit.
Dafne und ihre FreundInnen sind sich bewusst, dass zwischen Sexismus und Sexualität grosse Unterschiede bestehen.

Frauen als Blickfang

In der Werbebranche dient der Frauenkörper für alle denk- und undenkbaren Produkte als Blickfang. Der Zugriff auf den Frauenkörper in einer von Männern dominierten Grafikerdomäne gilt als normal und wird von der Gesellschaft, welche sich durch und durch an männlichen Normen orientiert, kommentarlos geduldet.
Werbung ist das Spiegelbild gesellschaftlicher Einstellungen. Sie selbst produziert wiederum gesellschaftliche Einstellungen, indem sie Werte und Rollenbilder verbreitet. Insofern kommt ihr eine gewisse Vorbildfunktion zu. Werbung mit Bildern – egal ob in Zeitungen oder Illustrierten, im Fernsehen oder an Plakatsäulen – ist einer der prägendsten Sozialisationsfaktoren. Sie ist ungeheuer einflussreich, weil Menschen (Kinder und Erwachsene) «Augentiere» sind, durch Bilder lernen und diese Werbebilder uns alle unausweichlich begleiten, gar verfolgen. Das Frauenbild, das dabei vermittelt wird, ist völlig einseitig und klischeehaft. Alte Rollenbilder werden als witzige und ironische Doppelbotschaften verkauft. Da dies dem gängigen Trend der Werbebranche entspricht und sich KonsumentInnen bereits daran gewöhnt haben, wird die sexistische Struktur in solcher Werbung gar nicht mehr erkannt. Werbung vermittelt also auf subtile Art und weise fixe Ideen und Stereotypen. So erstaunt es nicht, dass in der Schweiz 44 % der jungen Frauen zwischen 15 und 24 Jahren untergewichtig sind und teilweise sogar weiter abnehmen möchten. Darstellungen von perfekten und überschlanken Körpern in der Werbung (beispielsweise die Werbeaktion von Sloggi für die Stringtangas) dürften wohl massgebend an der Entwicklung solch krankhaften Gedankenguts beteiligt sein.

Eine interessante Tatsache ist, dass von der Gesamtkaufkraft der Bevölkerung Europas 79.2 % der Kaufentscheidungen von Frauen bestimmt werden! Umso erstaunlicher also, dass sich die Firmen überhaupt wagen, frauenfeindliche Werbung zu produzieren. Aber sexistische Werbung wird eben – auch von Frauen – geduldet.

Drei Unternehmen auf dem Podest

Unterdessen schneit es. Die Gruppe mit den sexistischen Plakaten ist am Kornhausplatz angekommen. Nominiert fürs Podest sind unzählige Unternehmen und Event-Veranstalter wie Virgine-Cola, der International Students Club (ISC), das Bierhübeli, IWC (Luxusuhrenhersteller), Tally Weijl, Volkswagen, die Modeboutique Metro, Siemens, Sloggi, Young Boys, das Ausgehlokal Guayas, der Kornhauskeller Bern und viele mehr. Alle Nominierten haben etwas gemeinsam: Sie bedienen sich der Darstellung von Frauen als Sex- und Serviceobjekt für Männer, um damit in kommerzieller Weise für ihre Produkte zu werben.

«Das Leben ist sexy, das Leben macht Spass». Das ist Tally Weijls Arbeitsphilosophie. Auf den Werbeplakaten ist eine Frau auf allen Vieren abgebildet. Sie trägt ein Oberteil mit tiefem Ausschnitt, welches in dieser Position den Hintern knapp nicht bedeckt. Ihr Kopf ist nach hinten gedreht, der Mund halb geöffnet, und eine wilde Mähne umgibt ihr Haupt. Die Position und die Haltung der Frau deuten darauf hin, dass in der nächsten Sekunde ein Mann sie von hinten begatten wird. Im Hintergrund sind poppende Hasenpaare zu erkennen. Der Werbespruch lautet: «Tally Weijl – totally sexy».
Die Frau wird mittels provokanter Pose auf ihren Körper und ihre Sexualität reduziert. Das weibliche Subjekt wird so zum Objekt, dient als Blickfang und garantiert Aufmerksamkeit. Sexy und verfügbar zu sein, wird für junge Frauen zur gesellschaftlichen Anforderung.
Tally Weijl, die Inhaberin des gleichnamigen Modeunternehmens, sagt von ihren Kollektionen, sie hätten mit Verführung, mit Begehrenswertsein und mit Gefallen zu tun. Es gehe darum, Spass zu haben – um mehr nicht. Es gehe in ihren Kollektionen nicht um Sex, sondern um «sexiness». Die offensiven Plakate deuten aber in pornografische Richtung. Wenn es da nicht um Sex geht ... ?
Solch eine Einstellung hat es verdient, belohnt zu werden. Der bronzene Phallus geht somit unter Trommelwirbel und tosendem Applaus des Publikums an Tally Weijl.

Den silbernen Phallus gewinnt der BSC Young Boys (YB) für seine laufende Kampagne «Glaube an YB» und für die Aktion, Frauen das Fussballspiel etwas näher zu bringen: An der «Ladies Night» konnten Frauen für 20 Franken ein Meisterschaftsspiel besuchen. Zu gewinnen gab es ein pinkiges Handy sowie ein Treffen mit dem aktuellen Mister Schweiz, Renzo Blumenthal. In der Pause konnte frau sich mit fett- oder kalorienarmer Nahrung stärken.
Die Haltung von YB ist paradox. Einerseits will YB den Frauen das Fussballspiel näher bringen, andererseits machen sie Werbung mit so genannt typisch weiblichen Interessensgebieten. Frauen, die sich ernsthaft für Fussball begeistern, interessieren sich während dem Fussballspiel weder für pinkige Handys, noch für Mister Schweiz oder kalorienarme Nahrung – so, wie sich beim Fussballspiel auch kein Mann für die Miss Schweiz interessiert. Diese Haltung gegenüber dem Frauenfussball erstaunt jedoch nicht gross, im Verwaltungsrat von YB sitzen – bis auf die Sekretärin – nur Männer.



Sexistischste Werbung: Tally Weijl, YB und Siemens auf dem Podest.

... und der goldene Phallus geht an ...

... Siemens. Siemens macht Werbung für männliche und weibliche Handys. Auf den Plakaten ist ein rosarotes, mit Blümchen versehenes, «weibliches» Handy neben einem grauschwarzen «männlichen» zu sehen. Die zwei Telefone kommunizieren miteinander. In der Sprechblase des weiblichen Handys steht: «Mich kann man auch auf lautlos stellen!». Das männliche Handy erwidert: «Erstaunlich!»
Daneben steht der Firmenname, der Slogan «designed for life» und ein Verweis auf die Internetseite www.derkleineunterschied.ch.
Im ersten Moment wirkt das Plakat amüsant und voll und ganz dem momentanen Trend der ironischen und witzigen Werbung entsprechend. Beim weiteren Hinsehen stellen sich jedoch mehrere Fragen: Wer entscheidet, wie ein weibliches Handy aussehen soll? Ist es nicht etwas vermessen, von sich zu behaupten, (für) das Leben zu designen? Und was findet sich unter dem angegebenen Link?
Die oben genannte Internetseite wartet mit zahlreichen Varianten der Sprüche zwischen dem männlichen und dem weiblichen Handy und mit einem genauen Beschrieb der beiden Telefone auf. Das weibliche CL75 ist «en vogue», «beautiful», mit raffinierten Details wie integriertem Schminkspiegel versehen und wird als state-of-the-art-feature angepriesen. Das männliche M75 ist robust, stossbeständig (kotz!), wasserabweisend, mit Gummischutz versehen und natürlich auch ein state-of-the-art-feature.
Mit dieser Art von Werbung werden Vorstellungen produziert, wie Männer und Frauen «sind». Im Fall Siemens bedeutet dies: Technik und Abenteuer gehören den Männern, Haushalt, Schönheit und Erotik den Frauen.
Siemens betont mit ihrer Handykreation den Unterschied zwischen Frau und Mann und zementiert mit ihrer Werbeaktion die geschlechtlichen Unterschiede in der Gesellschaft. Zudem übernimmt Siemens den Titel des 1975 von Alice Schwarzer erschienenen Buchs «Der kleine Unterschied und seine grossen Folgen» – ein Standardwerk der neuen Frauenbewegung. Ist das nicht etwas widersprüchlich?

Würden sich Unternehmen statt über Frauen, über Menschen anderer Kulturen und Hautfarben lustig machen, heulten – zu recht – sofort alle Alarmsirenen auf, es handelte sich offensichtlich um rassistische Werbung. Mangels breitem Bewusstsein in männlichen wie weiblichen Köpfen wird sexistische Werbung jedoch hingenommen und still, eventuell mit einem Lächeln, geduldet.
Sollen Frauen wirklich auf «sexiness», Schönheit und Erotik reduziert werden, damit einige wenige auf Kosten des Frauenbilds in der Gesellschaft profitieren und sich bereichern können? Nein danke!

Dafne – das feministische Netz
frauen@gmx.ch

Dieser Artikel erschienen erstmals im Megafon, Zeitung aus der Reithalle Bern, Ausgabe Februar 2006.

Was macht sexistische Werbung aus?

Frauen oder Männer werden im Bild oder Text auf bestimmte Rollen oder Eigenschaften reduziert oder in überholten Geschlechterrollen fixiert.
Die Hierarchie zwischen Männern und Frauen wird als naturgegeben und in der Biologie begründet dargestellt.
Bilder und Texte beleidigen Frauen und Männer als Gruppe und stellen sie in abwertender Weise dar.
Das in Bild oder Text dargestellte Verhältnis von Frauen und Männern ist geprägt von Abhängigkeit und Unterwürfigkeit.
Frauen werden als Wesen dargestellt, die sich ausschliesslich als sexuelle Körper definieren, die sexuelle Verfügbarkeit von Frauen wird signalisiert.
Das – meist sexualisierte – Bild hat keinen Zusammenhang mit dem Produkt, für das geworben wird, und dient somit nur als Blickfang
Es werden gesundheitsschädigende Schönheits- und Schlankheitsnormen propagiert.

«Moderne Nazis»

Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD

Das Buch von Toralf Staud befasst sich einerseits mit dem geschichtlichen Werdegang der NPD, andererseits wird ihre aktuelle Stellung in Deutschland beleuchtet. Die NPD ist mittlerweile, so Staud, zu einer Bedrohung der Demokratie geworden – jedoch nicht weil sie ins Kanzleramt einziehen könnte, sondern weil sie an einer Faschisierung der ostdeutschen Provinz arbeitet.

Mit der NPD der Gründungsjahre Mitte der 1960er-Jahre hat die NPD von heute nicht mehr viel gemeinsam. Sie hat sich von einer konservativen Partei, die sich mit dem System arrangieren wollte, zu einer revolutionär-antikapitalistischen Partei gewandelt, welche auch die rechtsextreme Jugendkultur anspricht und einbindet. Dieser Wandel gelang der Partei nach fast 20-jähriger Durststrecke mit dem Amtsantritt von Udo Voigt als Parteivorsitzender im Jahre 1996 und verhalf ihr zu neuem Aufschwung. Einen weiteren Schritt zur Etablierung der NPD hat auch der gescheiterte Verbotsversuch von 2001 bewirkt – denn was nicht verboten ist, kann ja so schlimm nicht sein.

Die neue NPD unterscheidet sich durch ihr revolutionäres, europa- und globalisierungsfeindliches und mitunter auch antichristliches Programm von der ursprünglich konservativen Partei der 1960er-Jahre. In der neuen Satzung sind jedoch auch Konstanten auszumachen, welche die NPD schon immer begleitet haben: Sie ist völkisch, rassistisch und antisemitisch und sie verharmlost das Dritte Reich. Diese vier Aspekte – die Parteigeschichte, die Person Udo Voigt, der Verbotsversuch und das Parteiprogramm – sind Gegenstand der ersten Kapitel.

Die NPD gibt sich also revolutionär, tritt aber gleichzeitig bei Parlamentswahlen an. Dies scheint auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein, bringt aber gewichtige Vorteile mit sich. Einerseits kommt sie durch Wahlerfolge in den Genuss staatlicher Gelder. Das kontinuierliche Erhalten dieser staatlichen Unterstützung hat der lange Zeit finanziell schlecht dastehenden NPD die Kassen wieder gefüllt und somit zu ihrem Aufstieg beigetragen. Andererseits kann sie die parlamentarische Bühne zu Propagandazwecken missbrauchen. Den grössten Wahlerfolg in jüngster Zeit erreichte die NPD im September 2004 mit dem Einzug in den sächsischen Landtag. Wie sie sich diesen Erfolg zu nutze macht, wird in einem nächsten Kapitel behandelt.
Es scheint kein Zufall zu sein, dass die NPD gerade den Sprung in den sächsischen Landtag geschafft hat, denn in Ostdeutschland ist sie offensichtlich erfolgreicher als in den alten Bundesländern. In Sachsen erzielt sie auf kommunaler Ebene Wahl für Wahl bessere Ergebnisse. Jedoch auch in den anderen Bundesländern erreicht sie vereinzelt hohe Wahlergebnisse um 20 Prozent, aber nie so flächendeckend wie beispielsweise in Sachsen, wo sie durch diese konstanten Erfolge ein Teil der politischen Kultur geworden ist. Der Frage, warum das so ist, versucht Toralf Staud anhand eines Vergleiches zwischen Gemeinden mit hohem NPD-Wähleranteil in Hessen und in Sachsen auf den Grund zu gehen.
Als ein Beispiel für eine Stadt, in der die NPD zu einer weitgehenden Etablierung des Rechtsextremismus beigetragen hat, wird dem Leser/der Leserin Wurzen in der Nähe von Leipzig vorgestellt. Sie wurde zu einer «national befreiten Zone» erklärt. Dort hat die NPD erreicht, woran sie nach Toralf Staud eigentlich arbeitet: an einer Faschisierung der ostdeutschen Provinz. Auf der Strasse haben die rechtextremen Jugendlichen das Sagen, und den meisten Leuten sind nicht die Rechtsextremen ein Dorn im Auge, sondern die wenigen, welche darüber reden und sich wehren. Einer der bisherigen Höhepunkte der Gewalt war beispielsweise ein Rohrbombenanschlag auf das Lokal der einzigen aktiven Gegenbewegung, des «Netzwerkes für Demokratische Kultur»

Das Buch ermöglicht es, sich einen recht umfangreichen Überblick der Machenschaften der NPD zu verschaffen. Es werden sowohl geschichtliche Entwicklungen als auch gegenwärtige Wirkungsfelder der Partei behandelt. Damit verbunden werden auch aktuelle Tendenzen der rechtsextremen Jugendkultur beschrieben, wodurch das Buch eine breite Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus erlaubt. Abgeschlossen wird das Buch durch «Eine kleine Gebrauchsanweisung für den Umgang mit der NPD», welche sicher eine Hilfestellung bietet, aber keinesfalls als vollständig angesehen werden kann.



Moderne Nazis
Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD.
Toralf Staud
Köln, Kiepenheuer und Witsch Verlag, 2005.
232 Seiten
Fr. 16.50
ISBN 3-462-0368-6

«Unheilige Allianzen»

Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus

Ein weiteres Buch in der «reihe antifaschistischer texte», welches sich mit Rechts-Rock befasst. Jedoch nicht bloss eine Wiederholung des bisher Veröffentlichten, sondern einmal mehr ein Buch, welches sich einem bestimmten Musikstil annimmt. Christian Dornbusch und Hans-Peter Killguss beschreiben die rechten bis neonazistischen Tendenzen im Black Metal und überzeugen einmal mehr mit einer umfassenden und gründlich recherchierten Publikation.

Die beiden Autoren wollen mit ihrem Buch einen Beitrag zur Diskussion über den rechten bzw. neonazistischen Flügel im Black Metal leisten. Ihrer Meinung nach dringt deren Gedankengut in einem «erschreckenden Ausmass» in die Black-Metal-Szene ein.
Das Buch gliedert sich in drei Teile. Der erste Abschnitt beschreibt die Entstehungsgeschichte des Black Metal. Einerseits wird auf die Entwicklungen in Skandinavien eingegangen, wo vor ungefähr fünfzehn Jahren der Black Metal in Norwegen «neu erfunden» worden sei. Andererseits wird die Geschichte des Black Metal in Deutschland skizziert. Im zweiten Teil wird die Szene unter soziologischen Gesichtspunkten beleuchtet. Damit soll diese «jugendkulturelle Gesellungsform» für LeserInnen, die sich bisher noch nicht mir der Thematik beschäftigt haben, greifbar gemacht werden. Weiter werden die unterschiedlichen Themenfelder des Black Metal analysiert. Dabei wird zunächst auf die Bedeutung der Themenfelder im Black Metal im Allgemeinen eingegangen, um danach aufzuzeigen, welche Bedeutung diese für den rechten Flügel der Genres haben. Der dritte und abschliessende Teil beschreibt beispielhaft den rechten und/oder neoanzistischen Flügel des «Black-Metal-Underground».

Der erste Teil, «Geschichte des Black Metal», beschreibt auf anschauliche Weise die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte dieses Musikstils und bietet einen guten Überblick: Die wichtigsten Band und Protagonisten der Szene werden vorgestellt, die Differenzierung der Szene wird deutlich. Die unterschiedlichen Themenfelder des Black Metal, welche im zweiten Abschnitt vorgestellt werden, sind für das Verständnis wichtig. «Szene, Image und Inhalt» liefert die Grundlagen sowie die Anknüpfungspunkte rechter und neonazistischer Gruppen, die jeweils hervorgehoben werden. Dieses Kapitel ist auch losgelöst vom Thema Black Metal lesenswert. Werden doch Inhalte und Ideologien beschrieben, welche auch in anderen Zusammenhängen immer wieder auftauchen und oft für das Verständnis oder die Verortung von Gruppierungen nötig sind.
«Black Metal zwischen Underground und Neonazismus», bietet sowohl einen Überblick über die Szene in Deutschland als auch eine Beschreibung des «NS-Underground» auf internationaler Ebene. Bands und Projekte sowie unterschiedliche Zusammenhänge und Verbindungen werden vorgestellt. Abgeschlossen wird das Buch mit einer Beschreibung des nach wie vor gespannten Verhältnisses zwischen neonazistischen Skinheads und den langhaarigen Black-Metal-Fans und deren punktuellen Zusammenarbeit.

Wie bereits angetönt, besticht das Buch mit einer Fülle von Informationen, welche von der akribischen Recherchearbeit der beiden Autoren zeugen. Hier findet sich jedoch auch der grösste Kritikpunkt: Die LeserInnen werden zum Teil durch die vielen Informationen fast überfordert. Dies verstärkt sich dadurch, dass in allen Teilen des Buches immer wieder Passagen zu finden sind, welche aus einer Aneinanderreihung von Band-, CD-, Song- und/oder Labelnamen bestehen, die sich über ganze Abschnitte ziehen kann. Hier wäre manchmal weniger doch wohl etwas besser gewesen. Das Buch eignet sich zwar als Einstiegswerk, jedoch sollte es dann nicht mit dem Anspruch gelesen werden, alles verarbeiten zu können. Als Nachschlagewerk eignet sich die Veröffentlichung leider nicht. Dazu fehlen zusammenfassenden Beschreibungen einzelner Bands oder Musiker. Abhilfe schafft da auch das umfangreiche Register nicht.

Das Buch ist nicht nur AntifaschistInnen zu empfehlen, sondern auch MusikerInnen und insbesondere KonzertveranstalterInnen, welche den Anspruch haben, rechten Bands keine Plattform zu bieten.



Unheilige Allianzen. Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus.
Christian Dornbusch und Hans-Peter Killguss
Hamburg/Münster, Unrast Verlag, 2005.
350 Seiten
Fr. 31.90
ISBN 3-89771-817-0

Kurzmeldungen

Ein Blick zurück

Aktivitäten gegen das WEF

Auch dieses Jahr trafen sich die selbsternannten «global leaders» wieder im von einem massiven Polizeiaufgebot hermetisch abgeriegelten Davos am World Economic Forum (WEF), um über den weltweiten Eroberungsfeldzug des Kapitalismus zu diskutieren und weitere Ausbeutungsstrategien zu entwickeln. Das Treffen fand in diesem Jahr unter dem Motto «Der kreative Imperativ» statt und wurde von 2340 Personen aus 89 verschiedenen Ländern besucht.
Erneut protestierten zahlreiche Menschen gegen die durch das WEF symbolisierte Ausbeutungslogik des kapitalistischen Systems. Der Protest gegen das WEF war äusserst bunt und vielseitig: Strassentheater, Spassguerilla-Aktionen, Demonstrationen und militante Taten ergänzten sich zu einem eindrücklichen Kaleidoskop des Widerstands. Hier ein kleiner, bei weitem nicht vollständiger Überblick:

14. Januar 2006:

Am Dance Out WEF zogen rund 500 Demonstrantinnen und Demonstranten durch Bern und forderten «reiche Herzen statt fette Gewinne». Im Aufruf der OrganisatorInnen stand zu lesen: «Wir wollen […] unseren Unmut darüber kundtun, dass am World Economic Forum einmal mehr hinter verschlossenen Türen über die Zukunft von uns allen entschieden wird.» Ziel der Tanzparade war es, das Bewusstsein der Menschen für soziale Ungerechtigkeiten zu sensibilisieren und zu zeigen, dass man/frau auch ohne Konsum und Geld Spass haben kann.

21. Januar 2006:

Der überregionale Aktionstag stand unter dem Motto «Das WEF ist überall – wir auch!». An verschiedenen Orten gab es Kundgebungen, Demonstrationsumzüge, theatralische und das WEF ironisierende Aktionen. Der folgende Auszug aus dem Communiqué des NoDemo-Bündnisses soll einen Eindruck der Aktivitäten vermitteln:

Bern: Zwischen 1000 und 2000 Personen nahmen an einer NODEMO teil und führten verstreut in der Innenstadt Protestaktionen durch. Mit verschiedenen Darbietungen und Verkleidungen kritisierten sie die Machenschaften der WEF-Firmen. Die Hauptgassen der Innenstadt wurden beidseitig mit «Stop WEF»-Fahnen behängt, in den Gassen war über Lautsprecher eine Sendung des Radio RaBe zum Aktionstag gegen das WEF zu hören. Zahlreiche Infostände waren in der Stadt verteilt, überall Ballone mit der Aufschrift «mit vollem Herzen gegen das WEF» sichtbar. Der Protest gegen das WEF war weder zu übersehen noch zu überhören.
St. Gallen: Rund 200 Personen nahmen an einer bunten und witzigen Demo teil. Im Anschluss fanden eine Infoveranstaltung und ein Konzert statt.
Lugano: Etwa 150 Leute, viele mit Anzügen und in Deux-Pièces gekleidet, beteiligten sich an einem Umzug durch die Stadt. Die «Freunde des WEF» forderten mehr Ausbeutung, mehr Krieg und mehr Kapitalismus. Im Anschluss gab es ein Gala-Dinner im autonomen Zentrum «il molino».
Burgdorf: Mit einem Strassentheater auf dem Kronenplatz wurde auf die Machenschaften des WEF aufmerksam gemacht.
Reconvilier: Rund 300 Personen demonstrierten gegen die bevorstehende Schliessung des Swissmetal-Werks «Boillat». Sie machten auf den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Globalisierung und dem Abbau von Arbeitsplätzen aufmerksam.
Thun: Ein Umzug mit einigen Dutzend TeilnehmerInnen zog durch die Stadt.
Basel: Mit einem Strasssentheater auf dem Barfüsserplatz wurde auf die Verletzung der Meinungsäusserungsfreiheit in Zusammenhang mit den immer wieder verbotenen Demonstrationen gegen das WEF hingewiesen.
Chur: Wie in Bern gab es eine NODEMO, das heisst verschiedene Aktionen in der Innenstadt, unter anderem ein Fussballspiel zwischen Arm und Reich, eine Prozession der Jünger des Kapitals, diverse Lesungen oder Kunstauktionen.
Genf: An verschiedenen Kreuzungen wurden Flugblätter an AutofahrerInnen und FussgängerInnen verteilt.
In *Weinfelden* (TG) und *Wil* (SG) wurden am frühen Morgen Niederlassungen der CS- und UBS-Banken mit zusammengeketteten Holzgestellen verbarrikadiert.
Luzern: An einem Infostand wurde das WEF gelobt und parodiert. Am Abend ging der Protest in Luzern weiter mit einer «Reclaim the Streets», einem wilden Tanzumzug durch die ganze Stadt.
Zürich: Am Paradeplatz hielt eine Gruppe eine Pro-WEF-Demo ab. Für kurze Zeit wurde das «Starbucks» im Niederdorf besetzt. Am Abend nahmen sich rund 350 DemonstrantInnen die Strasse, um gegen das WEF zu protestieren. Ebenfalls in Zürich wurde mit einer Rakete an das Haus des Ascom-Verwaltungsrats-Vizepräsidents Paul E. Otth am Zwingliplatz «angeklopft». Ascom war/ist strategischer Partner des WEF. Ein Auszug aus der Erklärung: «Unsere Aktionen beziehen sich ausnahmslos auf Exponenten und Handlanger der herrschenden Klasse, die sich am WEF dem «kreativen Imperativ» unterstellen, dem Zwang, schöpferisch zu sein, um uns weiterhin möglichst intensiv und langfristig ausbeuten zu können. Wir alle erleben diese «schöpferische Zerstörung» in Form der Angriffe auf unsere Errungenschaften am Arbeitsplatz. Sie durchdringen unser aller Leben und manifestieren sich besonders gewalttätig in der Repression und der Kriegführung. Wir antworten mit unserer Art von Kreativität, um aufzuzeigen: Das Kapital ist angreifbar! Für eine revolutionäre Perspektive!»

28. Januar 2006:

Unter dem kämpferischen Motto «Kreativer Imperativ heisst imperialistische Kriege, Sozialabbau, Repression. Die Zukunft in die eigenen Hände nehmen - Kapitalismus überwinden!» demonstrierten in Basel rund 2500 Menschen aus der ganzen Schweiz gegen das WEF.
Auch in Davos fand an diesem Tag eine kleinere Demo statt, an der ca. 70 Personen teilnahmen.

Heraus zum ...

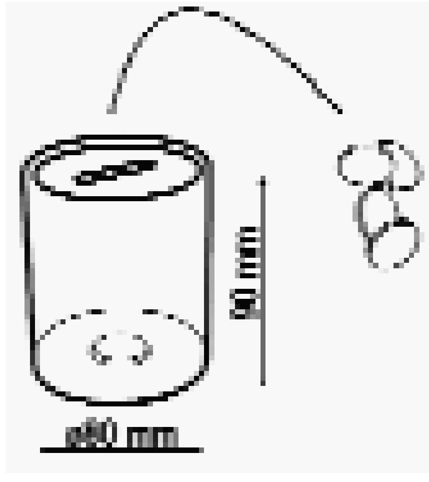
Wer, wenn nicht wir – wann, wenn nicht jetzt: Setzen wir ein kraftvolles Zeichen gegen Neonazis und rechte Gewalt! Zeigen wir entschlossen, was wir von der PNOS und anderen rechtsextremen Ewiggestrigen halten! Nehmen wir uns einen Abend lang die Strasse!

... Antifa-Abendspaziergang!

Samstag, 1. April 2006, 20.30 Uhr
Heiliggeistkirche Bern
www.buendnis-gegen-rechts.ch

Kapital dem Kampf!

Zaster, Kohle, Money... Auch wir kommen leider nicht ohne aus. Das Magazin Lautstark!, die Agenda 2006, Flyer, Flugis und die Aufrechterhaltung unserer Infrastruktur müssen bezahlt werden. Deshalb sind wir auch über finanzielle Solidarität dankbar!



(Spenden)-Postkonto: 84-472259-7
(Vermerk: Spende)

Oder einfach Geld in ein Kuvert packen und an folgende Adresse schicken: Antifa Bern, Postfach 5053, 3001 Bern

Lieben Dank!

Soliabo

Das «lautstark!» kann auch abonniert werden. Schicke 20.– an:

Antifa Bern
Postfach 5053
3001 Bern

Und du erhältst die nächsten drei Antifa-Zeitungen bequem in deinem Briefkasten.

Impressum:

Redaktion, Bilder und Layout:
Antifa Bern
Auflage: 6000 Stück
Das «lautstark!» erscheint dreimal jährlich.
Kontakt:
Antifa Bern, Postfach 5053, 3001 Bern
e-mail: info@antifa.ch